

SPD - Vor Ort

Informationen der Abteilung 7/2 & 7/6 & 7/7 der SPD Charlottenburg - Wilmersdorf
Nr. 29 für den Wahlkreis 4 September / Oktober 2015

Berlin – wachsende Stadt

Liebe Charlottenburgerinnen und Charlottenburger, als Berlin vor 25 Jahren wieder eine vereinte Stadt wurde, schossen schnell die Spekulationen ins Kraut, welchen enormen wirtschaftlichen Aufschwung die Stadt nun nehmen und wie hoch der Bevölkerungszuwachs in kürzester Zeit sein würde. Eine Einwohnerzahl um die 5 Millionen war für die Jahrtausendwende bereits prognostiziert. Entsprechend wurde der Bau von Wohnungen und zugehöriger Infrastruktur vorangetrieben, wodurch die Verschuldung des Landeshaushalts rapide anstieg. Die allzu optimistischen Prognosen erfüllten sich indes nicht, über 200.000 Arbeitsplätze gingen allein in der Industrie verloren, Berlin befand sich Anfang des neuen Jahrhunderts in der Krise und die Bevölkerungszahl nahm sogar leicht ab.



Wie anders stellt sich die Situation heute, 15 Jahre später, dar: Beim Wirtschaftswachstum liegt Berlin seit 2005 deutlich über dem Bundesdurchschnitt, die Arbeitslosigkeit nimmt kontinuierlich ab und jedes Jahr steigt die Bevölkerungszahl Berlins um rund 50.000 Einwohner. Dies sind erfreuliche Zahlen, die auch mit einer veränderten Wirtschaftspolitik unter den SPD-geführten Landesregierungen seit 2001 zu tun haben, aber die starke Bevölkerungszunahme stellt uns zugleich vor ganz neue Herausforderungen. Wurden vor wenigen Jahren noch Schulen geschlossen, weil man sie nicht zu benötigen glaubte, besteht nun ein dringender Bedarf an Schulen und an Kitas für die wieder zahlreichen Kinder und Jugendlichen in der Stadt. Die Verkehrsinfrastruktur muss der wachsenden Bevölkerung angepasst werden, ebenso die medizinische Versorgung und die Verwaltung muss entsprechend leistungsfähig sein. Vorbei sind die Zeiten, als unter Finanzsenator Sarrazin noch ein Personalkörper von 100.000 Stellen für Berlin angestrebt wurde. Hiermit lassen sich die für die wachsende Bevölkerung benötigten Leistungen in den Bezirks- und Senatsverwaltungen nicht erbringen. Es kommt darauf an, die Neuberline-

rinnen und Neuberliner sozialverträglich in die Stadt zu integrieren!

Berlin erzielt dank des Wirtschaftswachstums und der wachsenden Einwohnerzahl steigende Steuereinnahmen, die aber auch wieder in die wachsende Stadt investiert werden müssen. Der Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller und die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus nehmen die Herausforderung an. Es wird wieder Wohnraum in Berlin geschaffen, auch für kleinere Einkommen, und es wird in die Infrastruktur der Stadt investiert. Aus dem Sonderinvestitionsprogramm für die wachsende Stadt SIWA fließen in diesem Jahr fast 500 Millionen Euro in wichtige Infrastrukturprojekte - in Schulen, Krankenhäuser, die Feuerwehr, Straßensanierung oder die Beschaffung von U-Bahn-Zügen.

Eine besondere Gruppe der nach Berlin strebenden Menschen sind die Flüchtlinge aus den Krisenregionen der Welt, die hier um Asyl nachsuchen. Längst nicht alle von Ihnen bekommen ein dauerhaftes Bleiberecht, doch es stellt unsere Stadt vor Probleme, diese große Zahl von Asylsuchenden menschenwürdig unterzubringen (vgl. S. 6-7). Jedoch sollte im Zusammenhang mit Flüchtlingen nicht ständig nur von Problemen gesprochen werden. Auch diese Menschen bringen häufig Qualifikationen mit, die wir in Zeiten eines sich abzeichnenden Fachkräftemangels brauchen. Es bedarf einer Willkommenskultur, die diesen Menschen eine leichtere Arbeitsaufnahme ermöglicht und Qualifizierung ermöglicht wie z.B. das ARRIVO-Projekt, das Arbeitsministerin Dilek Kolat gemeinsam mit der Handwerkskammer Berlin initiiert hat.

Die wachsende Stadt Berlin zieht Menschen aus aller Welt an, und dies ist auch ihre Chance – wir sollten sie nutzen!

Ihr *Frank Jahnke*

(Wahlkreisabgeordneter)

Das Charlottenburger Innovations-Centrum

„CHIC“ öffnet die Pforten

An der Bismarckstraße Ecke/Marie-Elisabeth-Lüders-Str. steht ein markantes Gebäude, das einst vom Gerling-Konzern erbaut und genutzt wurde. Nach Jahren des Leerstands wurde das Haus nun mit Wirtschaftsfördermitteln zu einem großen Gründungszentrum ausgebaut, wo Ausgründungen aus der Technischen Universität sowie der Universität der Künste ihren ersten eigenständigen Firmensitz beziehen. Auf 5.500 m² finden hier über fünfzig junge Unternehmen optimale Bedingungen vor, können gemeinsame Einrichtungen gratis nutzen, und die



Wege zwischen den Unternehmen und zu den Hochschulinstituten, denen sie entstammen, sind kurz.

„SPD – Vor Ort“ sprach mit Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann über seine Erwartungen an das CHIC für den Campus Charlottenburg und den Bezirk.

Drei Fragen an Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann

Das Gründungszentrum CHIC eröffnet im September offiziell seine Pforten, nachdem in einem Teil des Gebäudes bereits seit einigen Jahren junge Unternehmen ihren ersten Firmensitz gefunden haben. Welche Erwartungen setzt der Bezirksbürgermeister in die künftige Arbeit des CHIC?

Als Teil des Campus Charlottenburg bin ich der festen Überzeugung, dass das CHIC dabei helfen wird, den Gründungsboom rund um den Campus Charlottenburg zu verstetigen und vielen Gründern, die heute noch im Centre for Entrepreneurship der TU Berlin sitzen eine Möglichkeit geben weiter nachhaltig zu wachsen. Zudem wird die unmittelbare Nachbarschaft von dem Aushänge-

schild CHIC profitieren. Zum einen weil die knapp 250-300 ambitionierten Gründer und Ihre Mitarbeiter im Umfeld bestimmte Infrastrukturen nachfragen, zum anderen besteht die Möglichkeit für etablierte Charlottenburger Unternehmen im Umfeld die Chancen der Zusammenarbeit mit neuen Geschäftsideen für sich zu nutzen.

Die Entwicklung der Berliner Zukunftsorte insgesamt ist ein zentrales Anliegen des SPD-Wahlprogramms. Nach dem Erfolg des Modells Adlershof möchten die Wirtschaftspolitiker der Abgeordnetenhausfraktion und insbesondere der Wahlkreisabgeordnete Frank Jahnke diese Verknüpfung aus Wissenschaft und Wirtschaft nun

auch am Campus Charlottenburg umsetzen. Die WISTA aus Adlershof ist mit ihrem Know-how über die Tochtergesellschaft IZBM deshalb auch mit dem Betrieb des CHIC betraut worden. Wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen dem Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, der WISTA und den Hochschulen am Campus Charlottenburg?

Die Zusammenarbeit mit dem Campus Charlottenburg habe ich seit dem Beginn meiner Amtszeit kontinuierlich forciert. Neben den regelmäßigen Treffen mit den beiden Präsidenten der Universitäten gibt es mehrere Treffen auf Arbeitsebene, um gemeinsame Projekte wie das Campusfest oder die Neugestaltung der Hertzallee anzugehen. Auch mit dem Geschäftsführer des CHIC Herrn Sillmann gibt es von Beginn an eine gemeinsame Zusammenarbeit, die schon in vielen gemeinsamen Terminen im CHIC mündete. Das Nachbarschaftstreffen mit Akteuren aus dem Bezirk Ende August belegte einmal mehr die gute Zusammenarbeit zwischen Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, der WISTA, Berlin Partner und den Hochschulen am Campus Charlottenburg. Auch in Zukunft werden wir in diesem Konsortium weiter gefragt sein, um die positive Entwicklung zu verstetigen.

Die City-West ist wirtschaftlich bislang eher als ein Ort des Handels, des Tourismus und der Kulturwirtschaft in Erscheinung getreten. Könnten sich aus der einzigartigen Hochschullandschaft des Bezirks mit seiner Kombination aus Technischer Universität, Fraunhofer-Instituten sowie der Universität der Künste rund um das CHIC auch Perspektiven für einen stärker industriell-gewerblich geprägten Bereich ergeben?



© Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann

Auch heute haben wir schon einige industrielle Leuchttürme in der City-West. Was kaum jemand weiß: Beiersdorf produziert mit über 300 Mitarbeitern sämtliche Bath & Care Produkte für Europa in Berlin. Der Standort in der Franklinstraße ist neben den Werken von Siemens und Bayer in Berlin-Mitte einer der wenigen innerstädtischen Großindustriebetriebe Berlins. Zudem gibt es etwa 15 weitere Industriebetriebe bzw. „Hidden Champions“ in der City West wie bspw. die LMT Lichtmesstechnik oder die Bildgießerei Noack. Flächenpotenzial für industrielle Ansiedlung im größeren Stil werden wir zukünftig nicht bieten können. Jedoch bin ich guter Dinge, dass wir mit der neuen Gründungsdynamik die Zahl der Hidden Champions noch deutlich erhöhen können. Hier wird es sich dann vornehmlich um High-Tech und weniger flächenintensive Gewerbe (wie z.B. in Teilen der Gesundheitswirtschaft) handeln.

Stadtverträgliche Gestaltung des Fernbusverkehrs in Charlottenburg!

Seit der Freigabe des Fernbusverkehrs 2013 wächst die Nachfrage stürmisch. Besonders bei jüngeren Bürgern mit knappem Geldbeutel kommen die Angebote gut an, zumal auch kostenloses Internet im Bus angeboten wird. Fernbus-Linien sind für Berlin nichts Neues, denn während der Teilung Deutschlands gab es für West-Berlin eine Ausnahmeregelung: Fernbusse als Alternative zur „kommunistisch beeinflussten“ Deutschen Reichsbahn wurden gefördert. Nach der Wiedervereinigung gab es „Bestandsschutz“. Der Zentrale Omnibusbahnhof (ZOB) wird heute von der IOB GmbH (Tochter der BVG) betrieben und Charlottenburg entwickelt sich zu einer europäischen Drehscheibe.

Der ZOB am Messedamm liegt günstig am Rande der Innenstadt mit Direktanschluss zur Autobahn, so dass seine Lage hilft, unsere vom Straßenverkehr überlastete Innenstadt zu entlasten. Im Umkreis von 300 Metern befinden sich der U-Bahnhof Kaiserdamm und der S-Bahnhof Witzleben. Hier gibt es Probleme: Es ist beschwerlich für Reisende mit Gepäck und für mobilitätseingeschränkte Personen den Busbahnhof zu erreichen: Im U-Bahnhof fehlen Aufzüge und die Rolltreppen sind oft defekt. Besonders beschwerlich ist der Weg vom bzw. zum nahen S-Bahnhof „Messe Nord / ICC“. Den Reisenden wird auch nachts zugemutet, die unterirdische Passarelle zur Unterquerung des Messedamms zu nutzen. Viele Reisende riskieren die gefährliche Überquerung des Messedamms.

Auf Initiative der SPD hat das Bezirksparlament (BVV) beschlossen, dass eine oberirdische Quermöglichkeit für Fußgänger und ein barriere-

freier Zugang realisiert werden. Stadtrat Marc Schulte (SPD) hat den Beschluss im Juni zum Anlass genommen, in Zusammenarbeit mit der Senatsverkehrsverwaltung in einem Workshop im Juni die Entwicklung einer Konzeption anzustoßen, mit der eine fußgängerfreundliche Anbindung des ZOB realisiert und die Aufenthaltsqualität im Bereich ICC/Messe verbessert werden soll. Die Arbeit wurde von einem Büro aus Kopenhagen moderiert. Die SPD wird die Umsetzung begleiten.

Der wachsende Busfernverkehr hat auch **Schattenseiten** in unserem Bezirk. Es gibt **illegale Toiletten-Entleerungen**, die zu einer messbaren Belastung der Gewässer des Halensees führten. Einige Busunternehmen wollen nicht den Busbahnhof nutzen sondern ihre **Fahrgäste mitten in der Innenstadt abladen**, wo das Aus- und Einchecken des Gepäcks zur Behinderung des Verkehrsflusses führt. Für Busunternehmen gibt es keine rechtliche Verpflichtung, ZOBs zu benutzen. Leider hatte die CDU/FDP – Koalition 2012 „vergessen“, den Städten durch eine Gesetzesänderung Instrumente in die Hand zu geben, den Busverkehr stadtverträglicher zu gestalten.

Wir haben das Problem u.a. mit der verkehrspolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion erörtert. Sie unterstützt einen Vorstoß mit dem Ziel, dass dieser Mangel, durch eine **neue Verordnung** korrigiert wird und die **Städte mehr Einflussmöglichkeiten** bekommen. Damit den illegalen Toilettenentleerungen entgegengewirkt werden, bietet der ZOB - Betreiber eine günstige WC-Entleerungsanlage für 9 € pro Nutzung an. Leider gibt es immer noch „schwarze Schafe“.

Trotz der Zunahme der Busse, hat es der Betreiber des Busbahnhofs durch den Einsatz vom mehr Personal in der Verkehrsleitzentrale geschafft, dass der Betrieb reibungslos abgewickelt wird. Kleinere Kapazitätsengpässe gibt es nur an wenigen Tagen (zu Beginn der Schulferien). Mit Unterstützung der SPD im Abgeordnetenhaus wird der Senat durch einen **Komplettumbau in den nächsten Jahren, die Kapazität des**



Busbahnhofs erweitern. Das Konzept sieht eine Anordnung der Haltestellen in Schrägreihen vor, so dass alle Haltestellen unabhängig voneinander angefahren werden können.

Der ZOB wird nach Abschluss aller Ausbaurbeiten auch die wachsenden Busnachfrage bewältigen können. Ein zweiter ZOB in Berlin ist nicht notwendig. Alle Buslinien sollten über den ZOB laufen. Eine gewisse Entlastung wird es geben, weil einige Busunternehmen eine Kooperation

mit der Bahn eingehen wollen, so dass man Bus- und Bahnfahrten kombinieren kann. Dies ist aus Sicht der Kunden eine interessante Alternative. Diese Busunternehmen werden dann die Bahnhöfe der DB als Ziel haben. In Berlin sollte diese Busse den Bahnhof Südkreuz ansteuern, der eine ähnlich günstige Lage wie der ZOB (nahe der Autobahn) hat. Auch Südkreuz ist wie der ZOB sehr schnell über die Ringbahn zu erreichen.

Dr. Jürgen Murach, Bezirksverordneter

FRANK JAHNKE. CHARLOTTENBURGER GESPRÄCHE.

5. Oktober 2015, 19.00 Uhr:

CHARLOTTENBURGER GESPRÄCH mit

DR. ANDREAS KNIERIEM,

Direktor von Zoologischem Garten, Aquarium und Tierpark

In der Goethe15, 10625 Berlin, Goethestr. 15

Der Zoo und der Tierpark Berlin sind Attraktionen Berlins, die sowohl für den Tourismus als auch für Berlins Renommee als Wissenschaftsstandort bedeutsam sind – mithin auch ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor. Dr. Andreas Knieriem hat die Leitung beider Institutionen im vergangenen Jahr übernommen und stellt seine Pläne beim Charlottenburger Gespräch vor.

Aus dem Bundestag: Swen Schulz

Griechenland bekommt ein neues Hilfspaket.

Es ist das erste Griechenlandprogramm, in dem nicht immer nur noch schärfere Einschnitte vom griechischen Haushaltsbudget gefordert wurden, die das Land weiter in den wirtschaftlichen Abgrund stürzen. Zum ersten Mal wird eingesehen, dass zu wirtschaftlicher Vernunft auch soziale Verantwortung gehört.

In diesem Sinne habe ich bei der Sondersitzung des Bundestages für ein neues Hilfspaket gestimmt. Mit der jetzigen Vereinbarung wird es Griechenland ermöglicht, sich selber zu retten. Dazu dienen nicht die vielen Milliarden an Hilfgeldern. Diese werden hauptsächlich zum Abbezahlen von Schulden (auch an Deutschland) eingesetzt. Wirklich gut sind die geplanten Strukturverbesserungen der griechischen Wirtschaft und Verwaltung sowie die längst überfälligen Sozialreformen. Durch einen haushaltsneutralen Umbau des Sozialsystems werden staatlich garantierte Mindesteinkommen eingeführt. Außerdem erhalten nun auch Nichtkrankenversicherte Anspruch auf medizinische Leistungen.

Außerdem wurde endlich der Forderung der SPD nachgegangen, die Anteilseigner der griechischen Banken an den Kosten der Bankenrettung zu beteiligen. Es muss aufhören, dass Gewinne privatisiert werden, aber der Steuerzahler für die Verluste bezahlen muss. Die Einlagen der privaten Sparer bleiben dabei aber natürlich sicher.

Mit dem Hilfspaket wird Griechenland geholfen sich aus der Misere zu befreien, indem es Steuern eintreibt, eine effiziente Verwaltung aufbaut und den Bürgern ein effizientes und leistungsfähiges Sozialsystem bietet. Dies bildet die Grundlage für ein gutes Investitionsklima und eine höhere Kaufkraft, bei dem neue Arbeitsplätze entstehen.

Endlich wird versucht, die Lasten der Krise gleichmäßig in der Bevölkerung zu verteilen. Endlich wird versucht, das Missverhältnis zwischen den Oligarchen und der gestiegenen Armut in der griechischen Bevölkerung zu beenden.

Freilich müssen noch Investitionen und Wachstumsimpulse folgen. Das hat die EU zugesagt. Insgesamt ein Paket, das sich von den bisherigen unterscheidet. Es erweckt Hoffnung auf ein baldiges Ende der Krise.

Wenn Sie weitere Informationen wünschen oder andere Anliegen zu Bundesthemen haben, wenden Sie sich gerne an mich unter der Telefon-Nr.: 227 70 187 oder swen.schulz@bundestag.de.

Mit besten Grüßen *Swen Schulz*, MdB



Terminhinweis:

Dienstag, den 13.10.2015, 19.00 Uhr,

"Wissen schafft Politik"

Besuch des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung (WZB) mit Swen Schulz.

Vorstellung des Gebäudes:

Dr. Paul Stoop und Vorstellung des WZBs:

Prof. Dr. Jutta Almendinger, Präsidentin des WZBs.

Anschließend:

"Chancengleichheit? Fehlanzeige!"

Formierung sozialer Ungleichheiten im Lebenslauf", Impulsvortrag und Diskussion: **Dr. Marcel Helbig**.

Anmeldung unter Tel.: 030/ 22770187.

Wir alle sind Flüchtlinge

Berlin – Moabit, Landesamt für Gesundheit und Soziales, LaGeSo: Hunderte Flüchtlinge warten vor dem Gebäude, einige seit Tagen. Sie wollen erst einmal erfasst werden. Und täglich kommen mehr.

So war es vor gut drei Wochen. Seither hat sich die Lage entspannt, aber nur etwas. Denn der Andrang ist nicht geringer geworden, die Kriege in Syrien, Irak, Afghanistan, Südsudan, Mali etc. gehen weiter, diktatorische Regime in vielen Ländern Afrikas bestehen fort, und die Lebensbedingungen vielerorts haben sich – wenn überhaupt – nur marginal verbessert.

Fluchtgründe gibt es massenhaft. Und es wird sie weiter

geben. Eher wohl verstärkt. Deshalb genügt es nicht, von der „Völkerwanderung“ des 21. Jahrhunderts zu sprechen und sich über die Verbrechen Rechtsextremer zu empören. Hetze gegen Flüchtlinge und brennende Heime fordern zur Hilfe vor Ort heraus und zu mutigem Einstehen für Anstand und Demokratie, wie es Sigmar Gabriel unlängst in Heidenau getan hat.

Der Berliner Senat hat gehandelt

Noch am 07. August hat Michael Müller ein Krisentreffen einberufen. Beschlossen wurde ein Sofortprogramm, um auf den Zustrom Asylsuchender zu reagieren. Ein

„Koordinierungsstab Flüchtlingsmanagement“ wurde gebildet. Er analysiert täglich die Situation und erarbeitet umgehend Lösungen, damit die Ankommenden registriert und als Erstes mit dem Nötigsten versorgt werden können. Dazu gehört v. a. eine Unterbringung, damit das Übernachten im Freien aufhört.

Allein um diese Aufgaben zu bewältigen ist mehr Personal erforderlich. Deshalb sollen im Berliner Landesamt umgehend hundert neue Mitarbeiter eingestellt werden. Außerdem ist vorgesehen, für die Erstaufnahme mehr Personal aus anderen Behörden zu verpflichten. Zudem will der Regierende Bürgermeister pensionierte Beamte fragen, ob sie dem Land „in dieser schwierigen Situation helfen wollen“.

Aber die schwierigsten Aufgaben kommen noch. Herbst und Winter stehen bevor. Niemand wagt die Prognose, ob Letzterer genau so milde wird, wie der Vorige. Wie auch immer: Viele der Flüchtlinge kommen aus Ländern, wo 30 Grad im Schatten die Regel sind. Schon heute klagen sie über kalte Nächte in Zelten und Containern, Ärzte bestätigen Erkältungen.

Das führt uns zur ersten Hauptfrage, die der Koordinierungsstab zu lösen hat: Wo finden wir zusätzliche Unterkünfte, denn die drei Heime, wie wir sie z. B. in Charlottenburg – Wilmersdorf haben, waren schon Mitte Juni ds. Js. zu fast 100 % belegt. Hinzu kommen die medizinische Betreuung der Flüchtlinge, eine zentrale Impfstelle und die Verkehrsanbindung neuer Standorte, die möglichst dezentral angelegt werden sollen.

Hilfsangebote Freiwilliger

In den Medien ist viel von den Hasstiraden Unbelehrbarer und ihrer Mitläufer die Rede, weniger jedoch von der Welle der Hilfsbereitschaft, die durchs Land geht. Bürger kaufen Wasser, Brot und Obst und bringen sie den Menschen, die eine oft jahrelange Flucht unter Lebensgefahr hinter sich haben. Es gilt, diese Hilfsangebote zu koordinieren. Das ist eine weitere wesentliche Aufgabe des Koordinierungsstabes. Eine entsprechende Hotline (030 – 390 88 399) ist bereits eingerichtet. Hier erfahren wir, was wir im Verein mit anderen tun können. Denn zu tun gibt es viel, auch von „Laien“.

Wie viele Flüchtlinge kommen noch?

Niemand weiß es, auch das Bundesinnenministerium nicht. Alle sind auf Schätzungen angewiesen. Auch die Frage, ob die Dimension des Problems vorhersehbar war, ist müßig. Tatsache ist, dass die Fluchtgründe fortbestehen, und die Aussicht, dass sie sich verringern, ist gering. Deshalb werden die an Leib und Leben bedrohten Menschen kommen, keine klapprigen Boote auf dem Mittelmeer, keine Zäune um Ceuta, Melilla und an der Grenze

zwischen Ungarn und Serbien und keine noch so regiden Abschottungen einiger EU – Staaten werden sie daran hindern.

So hat das Bundesinnenministerium seine Schätzung von 450.000 Flüchtlingen in diesem Jahr bezogen auf Deutschland längst nach oben korrigiert. Gegenwärtig rechnet es mit 700.000, andere Institutionen gehen von 800.000 bis zu einer Million aus.

Für Berlin würde das bedeuten: Nach dem Königsteiner Schlüssel müssten wir im Extremfall zwischen 40.000 und 50.000 Flüchtlingen aufnehmen, also weit mehr, als vom Senat nach gegenwärtigem Stand prognostiziert (30.000). Was dann? Reichen in diesem Falle die 4.000 zusätzlichen Schlafplätze, die der Senat bis gegen Ende des Jahres einrichten will?

Die politische Lebenserfahrung lehrt: Es ist klug, sich auf die Höchstzahl einzustellen. Deshalb ist dem Senat zu wünschen, dass von den rund 700 Objekten, die er als zusätzliche Möglichkeiten der Unterbringung geprüft hat, sich doch noch einige Gebäude als geeignet herausstellen werden. Denn vielfach geht es auch um Kosten der Herrichtung. Exakt an dieser Stelle gerät nun

die leidige Frage der Finanzierung

in den Bereich der Betrachtung. Drei Millionen Euro stellt der Senat für die Sofortmaßnahmen bereit. Aber das reicht nicht, das ist ihm klar. Deshalb verlangt Michael Müller vom Bund zu Recht, die Länder bei der Betreuung der Flüchtlinge stärker finanziell zu unterstützen. Die Realität in Deutschland müsse endlich anerkannt werden, deshalb sei ein Einwanderungsgesetz dringend erforderlich.

Wir sind kein Gastland mehr, sondern ein Einwanderungsland. Ein Gesetz, das aus dieser Tatsache die nötigen Konsequenzen zieht, könnte u. a. die finanzielle Frage hinsichtlich der Unterbringung von Flüchtlingen und Zuwanderern regeln. Brandenburg z. B. verfügt über die meisten Kasernen der ehemaligen Roten Armee und der NVA, die zur Unterbringung geeignet wären, Herrichtung, moderne Ausstattung, verkehrliche Anbindung, Bau von Schulen etc. vorausgesetzt. Was hält Deutschland davon ab, die rechtlichen Grundlagen für eine entsprechende Unterstützung Brandenburgs insoweit zu schaffen? Unser Föderalismus?

Der Begriff Föderalismus kommt aus dem Lateinischen und bedeutet Bündnis, nicht Eigenbrötelei. Genau hier sind wir bei der Kernfrage, im nationalen wie ihm europäischen Maßstab. Wenn es um die Flüchtlinge geht, sind wir alle gemeint. Denn vom Umgang mit ihnen hängt der Zusammenhalt Europas ab, damit auch der unseres Landes. Mit anderen Worten: Ihr Schicksal ist auch das unsere.

Helmut Kynast

Die neue Kultur der Optimierung

Fitness- und Gesundheits-Apps auf jedem Smartphone, intelligente Exo-Hände für die Industrie 4.0, Cyborg-Kampfanzüge für Soldaten im „neuen Krieg“, Doping im Sport, Pillen und Tropfen für das alltägliche Leistungslimit und die Steigerung der Konzentrationsfähigkeit, Schönheitschirurgie, erweiterte Realitätswahrnehmung mittels intelligenter und online vernetzter Brillen – längst leben wir in einer technologisch ausgerichteten Optimierungs- und Upgradekultur, die den dem Menschen mitgegebenen Körper prinzipiell als mangelbehaftet betrachtet und ihn mittels künstlicher Mittel verbessert. Der von der Apparatur durchdrungene und digital verdatete Körper ist fast unbemerkt zu einer neuen kulturellen und sozialen Selbstverständlichkeit geworden.

Diese neue Kultur hat ihre Licht- und Schattenseiten. Sie kann erweiterbare Teilhabe, verbesserte Lebensqualität und neue Heilungschancen bedingen, aber auch zu vermehrter Kontrolle und Überwachung sowie zu neuen Imperativen eines funktionalen Lebens führen. Leider gibt es genug Hinweise, dass eben letzteres der Fall sein wird bzw. bereits der Fall ist: Nur wer sich ständig verbessernd in sozioökonomische Funktionsgefüge eingliedert, wird als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft betrachtet. Schon dabei zeigt sich, dass sich mit der Upgradekultur neue Möglichkeiten der individuellen und sozialen Lebensgestaltung ebenso ergeben, wie neue Risiken der Entfremdung des Menschen von sich selbst.

Aufgrund der Gespaltenheit der neuen Upgradekultur gilt es, sie besser zu verstehen und kritisch zu befragen. Sie beinhaltet einen Wertewandel, der einem durchtechnologisierten Alltag positiv gegenübersteht. Es handelt sich um die Kultur des digitalen Lebens. Aber sie erzeugt Fallen für die Selbst- und Fremdwahrnehmung, die psychosoziale Probleme zur Folge haben können. Der

Zwang zur permanenten körper- und selbstbezogenen Optimierung impliziert zum Beispiel, dass jeder in seinem Tun und Sein einem permanenten konkurrierenden Vergleich unterworfen wird – nicht nur am Arbeitsplatz, sondern generell. Eine solche Kultur fördert eine Art und Weise des Kompetenzwettbewerbs, der andauernd Zweifel an den eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten mit sich bringt.

Das digitale Leben und die Probleme der Upgradekultur sind eine Herausforderung, der sich die SPD stellen will, um eine menschliche und soziale Zukunft zu gestalten. Diese Kultur bedarf einer politischen Rahmung und der Erinnerung an Werte, die die Menschen und soziale Sicherheit in den Mittelpunkt stellen. Daher laden wir ein zur Diskussion über diese neue Alltagskultur der Gegen-

Lesung und Diskussion mit dem Autor Dierk Spreen zu seinem jüngst erschienenen Buch „Upgradekultur. Der Körper in der Enhancement-Gesellschaft“ (transcript-Verlag). Vorgestellt von Frank Jahnke, MDA am 30. September 2015, 19.00 Uhr in der Goethe15.

Wussten Sie schon? An dieser Stelle möchte ich über Straßen und ihre Namensgebung informieren:

Heute: Helmholtzstraße

sie beginnt an der Kreuzung Dove/Morsestraße und endet an der Franklinstraße/Goetzowskybrücke.

Seit 30.05.1892 ist sie benannt nach dem Mediziner und Physiker **Hermann Ludwig Ferdinand von Helmholtz**, geboren am 31.08.1821 in Potsdam, gestorben am 08.09.1894 in Charlottenburg, begraben auf dem 1. Luisenfriedhof. Als Physiker und Physiologe war er einer der bedeutendsten Naturforscher des 19. Jahrhunderts.

Denkmalgeschützte Bauten:

Glühlampenwerk Siemens & Halske, später Osram Werk S in Nr. 2-9 1898/1899 und 1900/1901 von Martin de la Sauce, Geschäftshaus Nr.13-14 1960 bis 1962 von Johannes Hildisch und Gerd Brand, der Autobus-Betriebshof Nr. 41 1925/1926 von Franz Ahrens und die ehemalige Müllverladestation Nr. 42 1936 von Paul Baumgarten.

Stolperstein vor Haus Nr. 21

für Kurt Wolf, geboren am 07. Juli 1902 in Berlin, am 29.11.1942 nach Auschwitz deportiert und dort im Januar 1943 ermordet.

Jürgen Behrend

Das Bürgerbüro des Abgeordneten Frank Jahnke **Goethe15** (10625 Berlin, Goethestr. 15) ist geöffnet: **montags bis freitags 14-17 Uhr.**

**Goethe
fünfzehn 15**

Telefonisch ist das Bürgerbüro während der Öffnungszeiten unter 030/3138882 zu erreichen oder per E-Mail unter der Adresse wahlkreis@frank-jahnke.de.

SPD-Vor Ort: Herausgeber: Frank Jahnke; MDA;

Abt 7/2 & 7/6 & 7/7 der SPD Charlottenburg;
Joachim Wagner, Gotthard Krupp; Birgit Brüns
V.i.S.d.P.: Frank Jahnke; Goethestr. 15; 10623 Berlin